

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Geinr. Fahrnbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Luth. Kirchr. 65, Tel. 246 12. Bestellungen durch die Post für den Monat I.— II.

Nummer 9

Düsseldorf, den 4. März 1933

Verbandort Krefeld

Das freie Wort

Seit dem 1. 1. 1932 sind insgesamt 220 Tageszeitungen verboten worden. Unter der Regierung Brüning wurden 39 Verbote, unter der Regierung von Papen 48 Verbote, unter der Regierung Schleicher 25 Verbote und unter der Regierung Hitler bisher 45 Verbote verfügt. Hinzu kommen noch die Verbote von periodischen Zeitschriften und sonstigen Druckschriften, die dabei nicht berücksichtigt sind. Darunter fallen nach unserer Feststellung seit dem Regierungsantritt des neuen Kabinetts auch drei Gewerkschaftszeitungen bzw. Wochenschriften.

Nach dem Regierungsantritt des neuen Kabinetts versicherte der neue Reichsinnenminister Dr. Frick in einer Pressekonferenz den Vertretern der Presse, daß man seitens der Regierung die Aufgaben und Bedürfnisse der Presse, insbesondere hinsichtlich der notwendigen Pressefreiheit, voll und ganz würdige. Er selber, so betonte Dr. Frick, sei es gewesen, der unter der Regierung von Schleicher sich für die Beseitigung der harten Pressebestimmungen eingesetzt habe. Wenige Tage nach jener Pressekonferenz erschien die bekannte Notverordnung zum „Schutz des deutschen Volkes“, die zwar nicht die zugesagte Erleichterung der pressegesetzlichen Bestimmungen, wohl aber eine weitere Verschärfung derselben brachte. Insbesondere in den Verbotsbestimmungen bei wiederholten Verstößen gegen die pressegesetzlichen Bestimmungen liegt eine Verschärfung, die geeignet ist, den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Zeitungen herbeizuführen, die davon betroffen werden. Dabei sind die Begriffe, auf die sich die neu verfügbaren Presseverbote stützen, außerordentlich dehnbar und stellen die Verbotsmöglichkeit selbst mehr oder weniger in das reine Ermessen der zuständigen Polizeibehörden. Darüber hinaus aber verfügt eine neueste Anordnung für Preußen, daß künftig auch eine Veröffentlichung jener Verbotsgründe selbst nicht mehr erfolgen darf, womit praktisch die öffentliche Kontrolle und Kritik an der Pressepolitik überhaupt ausgeschlossen wird.

In der Zeit der Verbote nationalsozialistischer Zeitungen hat sich die Partei des jetzigen Reichskanzlers mit Recht gegen die Unterbindung der öffentlichen Meinung durch pressegesetzliche Beschränkungen zur Wehr gesetzt. Heute hat die vom Führer der nationalsozialistischen Partei als Reichskanzler geführte Regierung in einer reichlich vierwöchigen Regierungstätigkeit mit ihren Presseverboten bereits die Regierung Schleicher und die Regierung Brüning übertroffen und ist auf dem besten Wege, auch die Presseverbotszahl der Regierung von Papen zu übertreffen und damit einen neuen deutschen Rekord in Presseverboten aufzustellen.

Die frühere Forderung nach der „Freiheit der Presse“ scheint schnell vergessen worden zu sein.

„Gazetten müssen nicht geniert werden.“

„Zeitungen müssen nicht behindert werden.“ Dieses Wort Friedrichs des Großen hat auch heute noch Gültigkeit. Es ist die Erkenntnis aller führenden Politiker gewesen, zu der früher oder später die bedeutendsten Staatsmänner gelangt sind, daß die Unterbindung der Meinungsfreiheit ein politischer Fehler ist, und auf die Dauer zu den entgegengesetzten Wirkungen führen muß. Die nationalsozialistische Presse hat nicht zuletzt von jenen Presseverboten, die berechtigt oder unberechtigterweise gegen sie angewandt wurden, profitiert. — Eine Partei, der die Feder gebunden ist, wird stets bei den Wahlen mächtiger sein, als eine, die frei weilen darf. Was einer öffentlich sagt, das kann ihn leicht lächerlich machen, was er nicht sagen darf, das ist von siegender Gewalt.“ Diese Erkenntnis Friedrichs hat immer wieder im politischen Leben sich bestätigt. — Ob sie sich bestätigt unter dem Sozialistengesetz der Vorkriegszeit oder in der Kulturkampfszeit

Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Christliche Arbeiterschaft in Volk und Staat

Ueber die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen gesamt-politischen Lage macht Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, folgende Ausführungen:

Die arbeitenden Schichten und die weit-aus überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes lehnen nachdrücklichst eine Politik ab, deren Ergebnis letzten Endes auf eine Vergewaltigung Andersdenkender hinausläuft. Zwangsherrschaft ist nie das Ideal der Mehrheit des deutschen Volkes gewesen. Wenn Mitglieder der jetzigen Regierung offen erklären, die gegenwärtige Machtposition werde, ganz gleich, wie das Wahlergebnis auslaufe, von ihnen nicht geräumt werden, dann steht das in schroffem Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes.

Es gibt kein Recht des Umsturzes oder des Verfassungsbruches für bestimmte Schichten. Wer es proklamiert, muß es konsequenterweise allen Volksschichten zubilligen.

Das Volk will Recht und Gerechtigkeit. Dazu passen aber auch nicht die leidenschaftlichen Angriffe gegen die Politik der letzten 14 Jahre. Wie sind die letzten, die die Vorgänge von 1918 verteidigen und behaupten wollen, daß in der Nachkriegszeit keine Fehler gemacht wurden. Aber Wahrheit und Gerechtigkeit gebieten, die Vorgänge, die zu dem Umsturz 1918 und zu der Nachkriegspolitik führten, vor allem auch der Jugend so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit waren. Der unglückliche Ausgang des Krieges war ein Schicksal des deutschen Volkes. Deutschland unterlag ehrenvoll der feindlichen Uebermacht.

Längst vor Ausbruch der auch von uns verurteilten Revolution hatten die verantwortlichen Heerführer den Verlust des Krieges als unvermeidlich erklärt. Deutschland war von Rohstoffen entblößt, seine Bevölkerung in Papierlumpen gekleidet und durch die uns aufgezwungene Antarkie vollkommen ausgehungert und verelendet.

Die Mark war entwertet und auf den Schlachtfeldern haben Millionen jener, die

heute als antinational verdächtig werden, schwerste Blutopfer gebracht.

In der Zeit der furchtbarsten Prüfung fanden sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammen und leisteten durch gemeinschaftliches Zusammengehen vaterländische Aufbauarbeit von gewaltigen Ausmaßen. Wenn das ein Verbrechen war, haben sich auch die Arbeitgeber des Verbrechens schuldig gemacht. Wir aber wissen, daß diese gemeinsame Arbeit das höchste Verdienst für sich beanspruchen kann. Und

soil der Einsatz von Leben und Gesundheit aller ordnungswilligen Elemente, zu denen sehr viele christlich-nationale Arbeitnehmer gehörten, in den Revolutionsjahren, während des Ruhrkampfes und während der Befugungsperiode, heute keine Geltung mehr haben?

Wie kann man es wagen, dieses alles mit dem Schlagwort „November-Verbrecher“ abzutun? Es muß gesagt werden, daß jene, die in schweren, gefährlichen Zeiten sich verantwortungsvoll für eine Aufräumung des Trümmerfeldes einsetzten, nationaler und christlicher Handwerker als jene, die vernehmend oder vernachlässiglos abseits standen.

Ebenso ungerecht ist es, für die schwere Wirtschaftskrise einen Teil der Bevölkerung oder die sogenannte „November-Partei“ und die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Der ungeschickte und meistens von dem Willen getragene Kampf, den politischen Gegner auf alle Fälle ins Unrecht zu setzen und zu diffamieren, wird sich später schwer an seinen Urheber rächen. Mit großen Worten allein läßt sich keine Politik machen, sonst müßte auch die NSDAP. jetzt die Erfüllung ihrer Versprechungen bringen. Die Verströmung auf den Vierjahresplan steht mit den „heroischen“ Gesten, die früher von jener Seite gemacht worden sind, in stärkstem Widerspruch.

Wir fragen: Wo bleibt die Aufbesserung der Unterstützungen für die Arbeitslosen, für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger?

oder ob sie durch die Erfahrungen der Nachkriegszeit bestätigt wurde. Das Ergebnis jener Versuche, durch staatliche Pressebeschränkung die öffentliche Meinung zu binden und unfrei zu machen, brachte immer im Endeffekt ein Fiasko. So mußte selbst ein Napoleon am Ende seines Lebens einsehen: „Die Entziehung der Freiheit der Presse ist unter einem Verfassungsstaat ein wahrer Wahnsinn.“

Noch die letzten Wochen haben gezeigt, wie wirkungslos das Verfahren ist, durch Presseverbote gegnerische oder unliebsame Meinungsäußerungen zu unterbinden. — Ganz abgesehen von jener wenig glücklichen und übereilten Hast, mit der solche Verbote ausgesprochen und später wieder aufgehoben oder zurückgenommen wurden. Man lernt sehr schnell — schon Goethe hat einmal darauf hingewiesen — vorsichtig zu werden und das, was man vordem mit Kraftausdrücken und radikalen Worten aussprach, in einer anderen Sprache zum Ausdruck bringen. In einer Sprache, die — trotzdem sie „das sind nicht beim rechten Namen nennt“ — dem Leser doch dasselbe oder noch viel mehr bejagt und die dennoch für die Presse, auch unter dem schwersten Zensurzwang und Verbotdruck, ungefährlich ist. Und, wir wissen es aus der Zeit der Besatzung und der Presse-Zensur: Selbst leere Spalten einer Zeitung vermögen oft mehr zu sagen als alle Worte.

Wo bleibt die Beseitigung der am schwersten ins Gewicht fallenden und entscheidenden unsozialen Bestimmungen der früheren Notverordnungen?

Wie steht es mit einer planmäßigen und großzügigen Siedlung, besonders im Zusammenhang mit der mißbrauchten Ökonomie?

Die bisherigen Maßnahmen der Regierung dienen vornehmlich der Landwirtschaft. Sie wirken zum Teil konsumverteilend. Wir können nicht die Richtigkeit der jetzt proklamierten These anerkennen, daß zuerst den Bauern geholfen werden muß, und daß dadurch erst die Möglichkeit zur wirksamen Hilfe für alle gegeben ist. Einseitige, konsumverteilende Maßnahmen helfen der Landwirtschaft nicht. Der Staat muß regelnd und fördernd die Wirtschaft mitbestimmen.

Aber wir lehnen entschieden eine erzwungene sogenannte berufständische, staatspolitische Zwangswirtschaft ab. Sie ist ebenso unannehmbar für uns wie die überspizte liberale individualistische Wirtschaft.

Ebenso falsch ist der Gedanke, die Arbeiterbewegung staatlich kommandiert werden kann. Das würde Erstarrung und Vernichtung der Arbeiterbewegung bedeuten. Ich kann mir auch nicht gut vorstellen, daß die deutschen Arbeitgeber sich einem staatlichen Regiment unterordnen wollen.

Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung wird, getreu ihrer Tradition und Sendung, für wahre Freiheit eintreten. Sie weiß, daß die zukünftige Ordnung nur fest und sicher auf den ehernen Fundamenten des christlichen Sittengesetzes ruhen kann.

Darum gilt ihr Kampf den unchristlichen und zerstörenden Kräften jedes Herrenmenschtums und jeder Gewaltherrschaft.

Für wahre Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für ein einiges Volk und Vaterland, das ist das Leitmotiv unserer Arbeit und unseres Kampfes.

Frankfurter Pauluskirche von der ersten deutschen Nationalversammlung beschlossen wurden: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Pressefreiheit darf unter keinen Umständen durch vorbeugende Maßnahmen suspendiert oder aufgehoben werden.“ An diesen Erkenntnissen und verfassungsmäßigen Zusicherungen der deutschen Meinungsfreiheit sollten auch die gegenwärtig regierenden Staatsmänner nicht achlos vorübergehen. Hoffen wir, daß aus den letzten Verbotsaufhebungen, die im Zusammenhang mit dem Aufbruch der katholischen Standesvereine erfolgt sind, der Schluß gezogen werden darf, daß man in maßgebenden Regierungskreisen diese Grundbedingungen des innerpolitischen Freiheitsbegriffs überhaupt zu würdigen weiß.

Die Arbeiterschaft hat nicht zuletzt ein außerordentlich starkes Interesse daran. Presseverbot, Versammlungs- und Meinungsverbot, nach dem gewisse reaktionäre Kreise, wir wissen es, schon lange trachten, sind für die Arbeiterschaft untragbar. Sie müssen Reaktionen auslösen, die auch bei aller Zurückhaltung der Gewerkschaften auf die Dauer nicht unterdrückt werden können. — Der unbehinderten Meinungsfreiheit insbesondere auch der Gewerkschaftspressen kommt darum eine besondere Bedeutung zu.

„Jeder Deutsche hat das Recht“

Die Erkenntnis von der positiven Bedeutung der öffentlichen Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit ist nicht erst in den Grundzügen der Weimarer Verfassung ausgesprochen. Sie fand ihren Niederschlag bereits in jenen historischen „deutschen Grundrechten“, die im Jahre 1848 in der

Staatsbürger-Schutz für alle!

Jene Zeit, da eine der sozialen Reaktion willige Polizei Dienerin des sozialen Unrechts war, ist der Arbeiterchaft noch in lebendiger Erinnerung. Die Mitbegründer unserer Bewegung wissen uns noch zu berichten von polizeilich übermächtigen und verbötenen Gewerkschaftssammlungen...

Der „Völkische Beobachter“ bringt in seiner Ausgabe vom 22. Februar 1933 von der nationalsozialistischen Rundgebung in der Kölner Messehalle eine Aufnahme, welche eine Polizeigruppe zeigt, die in Helm und Uniform unter einer ebenfalls von einem Schutzpolizisten getragenen Hakenkreuzfahne in nationalsozialistischen Demonstrationszüge mitmarschiert.

„Nationalsozialistische Schutzpolizeibeamte in Uniform marschieren in dem braunen Heer mit Hakenkreuzbinden am Arm mit, unter Voranttragung einer riesigen Hakenkreuzfahne.“

Die Feststellungen des Völkischen Beobachters sind charakteristisch für eine Gefahr, auf die es notwendig scheint, hinzuweisen: Die Gefahr, daß der Glaube des Volkes an die Objektivität und Unparteilichkeit der Schutzpolizei verloren gehen und die Auffassung allgemein wird, daß die Polizei unter der Hakenkreuzfahne — Parteimitglied geworden sei.

zeigte, die zur praktischen Schutzlosigkeit der Rundgebungsteilnehmer gegenüber jenen Störern führen müßte. (Wir erinnern nur an die Zusammenstöße anfänglich der Siegerwald-Versammlung in Krefeld.) Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß auch die Polizei selbst durch solches Vorgehen in eine innerlich unhaltbare Lage gebracht wird.

Die Folgen einer solchen Auslegung des Polizei-Erlasses (als ob die Polizei sich nationalsozialistischen Ausschreitungen gegenüber passiv zu verhalten habe) aber müssen allgemein das in den letzten Jahren erfreulicherweise hergestellte Vertrauen des Volkes in den unparteilichen Schutz und die unbedingte Objektivität der Schutzpolizei untergraben und damit dem Volke den Glauben an die Autorität des Rechtes, die in der Polizei letzten Endes verkörpert ist, zerstören.

So scheint es notwendig im Interesse der Sicherheit und Freiheit des ganzen Volkes, auch nach außen hin jener Forderung Geltung zu verschaffen, die die der Regie-

Was wird aus dem Arbeitsministerium?

Die Frage, was aus dem Arbeitsministerium unter der neuen Regierung werden wird, ist noch immer nicht klar. Immer wieder werden die widersprechendsten Nachrichten laut. Nach den einen wird versichert, daß alle Gerüchte über eine Zerstückelung des Arbeitsministeriums...

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitnehmerschaft sich gegen eine Zerstückelung des Arbeitsministeriums entschieden zur Wehr setzen muß.

nung gemiß nicht feindlich gesinnete „Völkische Zeitung“ mit Recht betont: „Die Bevölkerung muß allerdings von den staatlichen Behörden Schutz gegen jede Ausschreitung verlangen, und sie braucht zu ihrer Sicherheit das Gefühl, daß die Polizei gegen alle Übergriffe, von wo sie auch ausgehen mögen, nachdrücklich vorgeht.“

Zu jener eingangs zitierten Demonstrationsteilnahme der Schutzpolizei aber scheint es ebenso notwendig, folgendes zu sagen: Selbst aus der sogenannten „Novemberherrschaft“ der sogenannten Kriegesregierungen ist uns kein Fall bekannt, daß Polizei in Uniform und Dienstausrüstung, also in amtlicher Funktion, unter der roten Fahne in Demonstrationszügen marschiert ist.

Der Wohnungsbau 1932

Das Jahr 1932 war ein außerordentlich schlechtes Baujahr. Nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung dürfte der Zugang an neuen Wohnungen im vergangenen Jahre etwa 110—120 000 betragen haben.

Her hatten. Frontsoldat (dem Herr Selbte Führer sein konnte) und Arbeiter oder Angestellter (denen Herr Selbte Führer sein möchte) sind längst nicht dasselbe.

Daum bedarf es zu einer wirklich sozialen Führung mehr als einer gut gemeinten aber überhöhten innernehmermeinnung und als solbakischen Führeriums, das wir an sich wohl zu schätzen wissen.

1928	330 000	Zugang
1929	338 000	„
1930	330 000	„
1931	251 000	„
1932	110—120 000	„

Die Ursache für den außerordentlich scharfen Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1932 lag einmal begründet in der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise. In der Hauptache war sie jedoch zu suchen in der scharfen Abdrosselung der Hauszinssteuerhypotheken.

Der Arbeiter und die Wirtschaftskrise in Lancashire

Great Harwood ist eine blühende Stadt. Fast alle Häuser sind aus Natursteinen gebaut. Die jungen Mädchen der Arbeiterfamilien gehen hier bergauf und -ab. Das nimmt ihnen die tolle Gleichförmigkeit. Doch die Arbeitslosigkeit ist hier furchtlich. Es gibt 23 Betriebe in der Stadt, nur drei arbeiten. Im vergangenen Jahre waren über 60 Prozent der Arbeiter arbeitslos, augenblicklich sind es ungefähr 40 Prozent.

Später hörte ich von dem Elend in Great Harwood. Die meisten der Familien verdienen gut. Mann und Frau gingen arbeiten. Die meisten Familien besitzen ein eigenes Haus. Starke Gewerkschaften, starke Gewerkschaften, bescheidenes Wohlfühl — und der tolle Erfolg der „englischen“ Arbeiter.

heit hat diese Menschen zermürdet; die „Bedürftigkeitsprüfung“ hat sie zerschunden. Und wieder jener Unterschied zwischen deutschen und englischen Arbeitern: diese Menschen hier haben niemals ernsthaft an eine „Reorganisation“ gedacht.

Die Häuser und Straßen von Great Harwood sind peinlich sauber, die Menschen sind gut gekleidet und ruhig gehen sie durch die Straßen. Man könnte glauben, es wäre eine gut bewirtschaftete Kleinstadt. Aber viel Not, sehr viel Not, überträgt sich hinter dieser glatten Oberfläche.

Eine Woche später lehrte ich nach Preston. Jugendlich habe ich etwas mehr von den Schwierigkeiten der Industrie bezugsangetan. Lancashire verlor seine Stärke hauptsächlich durch japanische Konkurrenz und durch den Kohlen-englischer Werte in Japan. In Preston spreche ich mit Unternehmern, Gewerkschaftsangehörigen und Politikern. Alle sehen wenig Aussicht für eine Besserung der Lage. Man hilft sich, so gut man kann, man wartet, man hofft — ein trübes Schicksal.

Auf meiner Rückfahrt nach London treffe ich noch zwei Menschen, weit der Erwähnung in diesem Zusammenhang. Einer ist so halbwegs ein „Marxist“. Er erinnert mich an den ungeschickten Reizenden der englischen „Socialist“ in den letzten Jahren. Die Dinge sind jedoch in England mehr stabil als in Deutschland. Der andere ist Katholik. Er erzählt von seinen sozialen Grundgedanken. Doch, nach den praktischen Beobachtungen, was auch er keine Antwort. Dieses Leben einer großen proletarischen Politik in der Köpfe der Arbeiter kommt mir ein seltsames Echo der englischen Arbeiterbewegung zu sein. Sie hat in der Ver-

gangenheit ihre Tätigkeit in den engen Rahmen der bestehenden Ordnung eingeschränkt. Nun, da diese bestehende Ordnung erschüttert ist, stellt sich das „Neue“ und diese Angst macht das Schicksal der Massen und des Einzelnen sozial schwerer zu ertragen.

Jugendnot!

Die Bereitschaft, die allgemein das Jugendnotschmerz und andere Jugendnotschmerzschmerz von Organisationen oder privater Seite finden, ist erfreulich. Aber immer wieder muß man dabei — und trotzdem — die Feststellung machen, daß eine tiefere Erkenntnis von der wirklichen Not, die unsere Jugend leidet, kaum besteht. Das ist verständlich. Man sieht wohl die äußeren Symptome jener Krankheit: Jugendnot, Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit und materielle Not und ihre Folgen: das mühsame Herumirren, „Tagegeldsucherei“ und — wo die moralisch zersetzenden Wirkungen schon weiter fortgeschritten sind — Bettelarmut und Verbrechen. Kurz ganz wenige aber erkennen in ihrer vollen Tragik und in ihrem ganzen Ausmaß die tiefere Ursache: die verdoctrinieren materiellen und seelischen Krankheitsherde, von denen die materielle und geistig zersetzende Kräfte ausgehen, die unsere Jugend bedrohen.

schafft oder unter qualvoller Duldung „ertragen“ als überflüssige Last —? „Heterogene Jugend“ — (Albert Lamm*) — hat recht, wenn er sie in seinen „Berichten aus einem Erwerbslosenheim“ so nennt. Und erschütternd zeigen seine Aufzeichnungen jene furchtbare Not dieser Jugend ohne Jugend. Wir haben schon manchen Blick in diese Not tun können, haben oft und stundenlang darüber gelassen und diskutiert — aber noch nie ist uns ihr wahres Schicksal mit allem Elend und allen Gefahren und mit allen Problemen so klar zum Bewußtsein gekommen, wie bei diesen Berichten. Was Lamm selbst empfand, als er — wie er erzählt — die Arbeit an dieser Jugend aufnahm, läßt den Leser wieder, bei seine Berichte mit einer Spannung und innerlichen Empathie lesen, wie selten ein Buch: Jenes unheimlich zersetzende, Geheimnisvolle an dieser tragisch-lebendigen Problematik, in der jeder Schritt in andere neue Käusel brennt.“

